



Arbeitskreis Wasser  
im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)  
Rennerstraße 10  
79106 Freiburg  
Tel.: 0761/275693, 4568 7153  
E-Mail: [nik@akwasser.de](mailto:nik@akwasser.de)  
Internet: [www.akwasser.de](http://www.akwasser.de)  
Konto: Arbeitsgruppe Wasser 41952 757  
Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75

EU-Kommission  
B r ü s s e l

Frbg., 31.10.10

**Konsultationsverfahren zu**

**Indirekten Landnutzungsänderungen („ILUC“)**

(s. Art. 17 EG-Erneuerbare-Energien-Richtlinie – RED)

via E-Mail an: [ec-land-use-change-biofuels@ec.europa.eu](mailto:ec-land-use-change-biofuels@ec.europa.eu)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie zur Problematik der „Indirekten Landnutzungsänderungen“ („ILUC“) ein EU-weites Konsultationsverfahren eingeleitet haben!

Wir gehen davon aus, dass die „Indirekten Landnutzungsänderungen“ im Gefolge eines stark expandierenden Anbaus von Energiepflanzen die Nachhaltigkeit von Biomasse für energetische Zwecke erheblich beeinträchtigen werden. Insofern erachten wir es als absolut erforderlich, dass die „Indirekten Landnutzungsänderungen“ so schnell wie möglich in Art. 17 der RED mit berücksichtigt werden – und zwar mit einem „ILUC-Faktor“, der sich tatsächlich am Vorsorgeprinzip orientiert. Es kann nicht sein, dass in der EU ein lascher „ILUC-Faktor“ kreiert wird, der einem Persilschein für unnachhaltig produzierte und weiterverarbeitete Biomasse gleich kommt.

Die bislang vorliegenden Studien und Untersuchungen legen den Verdacht nahe, dass bei Berücksichtigung eines auch nur moderaten „ILUC-Faktors“ die meisten Energiepflanzen das 35 Prozent-Kriterium der RED zur Treibhausgasminderung gegenüber fossilen Treibstoffen nicht erfüllen können. Mit den „Indirekten Landnutzungsänderungen“ sind darüber hinaus aber auch zunehmende Menschenrechtsverletzungen, Landvertreibungen und Enteignungen von Klein- und Subsistenzbauern verbunden.

Wir schlagen deshalb vor, dass die EU-Kommission aus diesem sich abzeichnenden Fiasko eine Neuorientierung für den Einsatz von Agrotreibstoffen einleitet: Wenn wegen der „Indirekten Landnutzungsänderungen“ die Agrotreibstoffe alles andere als „nachhaltig“ und treibhausgasmindernd sind, muss die EU die Konsequenzen daraus ziehen: Die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen aus dem Transportsektors muss durch eine Änderung des Mobilitätsverhaltens der Einwohner der EU-Mitgliedsstaaten sowie insgesamt durch eine Verringerung von ener-

gieintensiven Transportleistungen (beispielsweise durch intelligentere Logistikketten) erreicht werden.

Darüber hinaus merken wir an, dass die seit langem diskutierten „Grenzen des Wachstums“ im Transportsektor längst überschritten sind. Es ist unseres Erachtens unhaltbar, wenn sich die EU weiterhin dem Motto „Weiter, höher, schneller“ verschreibt. Insbesondere ist dieser Kurs dann nicht tolerabel, wenn das Mobilitätsverhalten in der EU mit der Inanspruchnahme von immer mehr Land in den Schwellen- und Drittweltländern einhergeht. Die dort erfolgende Expansion des Anbaus von Energiepflanzen – u.a. für den EU-Markt – provoziert wegen der „Indirekten Landnutzungsänderungen“ auch zunehmende Konflikte mit der Bereitstellung von Lebensmitteln für immer mehr Menschen.

Im Rahmen dieses Konsultationsverfahrens möchten wir zudem folgendes zu bedenken geben:

Die Bemühungen des CEN-TC 383 mit dem Titel „Nachhaltig produzierte Biomasse“ („**Sustainably produced biomass for energy applications**“) gibt zu falschen Vermutungen Anlass: CEN hat sich – entgegen dem Votum der deutschen Umweltverbände – bislang nur auf den Regelungsumfang von Art. 17 der RED beschränkt. Damit wird bei weitem **nicht das volle Nachhaltigkeitsspektrum** abgebildet: Neben der fehlenden Berücksichtigung von „Indirekten Landnutzungsänderungen“ fehlen insbesondere die Bewertung von **sozialen Fragen** – insbesondere Landvertreibungen und Benachteiligungen von Klein- und Subsistenzbauern durch die aggressive Ausbreitung von Großplantagen zum Anbau von Energiepflanzen. Darüber hinaus werden aber auch Fragen des Gewässerschutzes (beispielsweise von der Pestizidbelastung des Grundwassers bis hin zu Abwassereinleitungen von Bioethanolfabriken) völlig ausgeklammert.

Der 9. Erwägungsgrundes in der Präambel der RED geht davon aus, dass die RED noch **nicht** das volle Nachhaltigkeitsspektrum umfasst. Wir wären dankbar, wenn die EU-Kommission stärker als bislang betonen würde, dass die RED bislang nicht in der Lage ist, die Nachhaltigkeit des Anbaus und der Weiterverarbeitung von Biomasse für energetische Zwecke in vollem Umfang zu gewährleisten. Dies sollte insbesondere auch gegenüber dem CEN TC 383 geltend gemacht werden!

Haben Sie besten Dank im voraus!  
Mit freundlichen Grüßen



*i.A. Nikolaus Geiler (Dipl.-Biol., Limnologe)*